

Neue Zuger Zeitung, 11. März 2003

SP des Kantons Zug

Alle Volksinitiativen befürwortet

Einstimmiges Ja für sämtliche Volksinitiativen vom 18. Mai und Stimmfreigabe bei der Vorlage Armee XXI. So haben die Mitglieder der kantonalen SP entschieden.

VON SIMONE HINNEN

Eine SP-Parteiversammlung ohne jegliche Differenzen mit dem Ergebnis «Ja» zu allen Initiativen, die am 18. Mai zur Abstimmung gelangen. Das ist die Haltung der 25 Mitglieder der SP des Kantons Zug, die sich gestern Abend im Casino in Zug zur Parolenfassung eingefunden hatten. «Es ist eine Mär, dass es keinen Ersatz für die 40 Prozent Kernenergie gibt», sagte Pro-Referent Christoph Tobler, Geschäftsleiter der WWF-Sektion Zug, zu den beiden Initiativen zum Atomausstieg. Um dies zu verdeutlichen, jonglierte er vor allem mit Zahlen, stellte eine Berechnung nach der anderen an, um in Klammerbemerkungen noch kurz die von Initiativgegnern insbesondere in Frage gestellten Ersatzenergien wie Sonne oder Wind aufzuzählen. Ein Vorgehen, das eher für Verwirrung als für Klarheit sorgte. Dennoch kam es zu keinen weiterführenden Diskussionen, was wohl insbesondere damit zu tun hatte, dass die meisten ihre Meinung bereits im Vorfeld gefasst hatten und der Mutterpartei den Rücken stärken wollten. Entsprechend fassten die Mitglieder zu beiden Atom-Initiativen einstimmig die Ja-Parole.

Einstimmig unterstützten sie auch ihre eigene Gesundheitsinitiative. «Die Schweizer müssen mit Abstand die höchsten Prämien in Europa zahlen», sagte Käty Hofer, Fraktionschefin im Kantonsrat. Das müsse sich ändern. Komme dazu, dass die Handhabung bezüglich Prämienverbilligungen gesamtschweizerisch nicht einheitlich geregelt sei.

Auch die Volksinitiative «gleiche Rechte für Behinderte» empfehlen die Mitglieder einstimmig zur Annahme. Dabei nahm Regierungsrätin Brigitte Profos auch zur Kritik jener Stellung, denen die Initiative zu weit geht, weil gleiche Rechte für alle gelten und somit sämtliche Gebäude behindertengerecht sein müssen. «Das gibt doch Arbeit für die Bauunternehmen», führte Brigitte Profos aus, und verlieh ihrer Aussage damit Kraft, indem sie darauf hinwies, dass jeder zehnte in der Schweiz eine Behinderung habe.

Ja zur Lehrstelleninitiative

Die Initiativen «Ja zu fairen Mieten», «Gleiche Rechte für Behinderte», und «Für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot» unterstützten die Mitglieder ebenfalls einstimmig. Dabei liessen die Parteimitglieder durchblicken, dass ihnen die Lehrstelleninitiative besonders am Herzen liegt. Mit Voten wie etwa jenem von Armin Jans, dass mit dem Berufsbildungs-

system trotz neuem Gesetz relativ träge auf die Jobsituation reagiert werden könne, oder der Aussage eines Parteimitglieds, dass es zur Wettbewerbsverzerrung komme, weil einzelne Firmen gar keine Lehrlinge mehr ausbildeten und somit Kosten gespart würden, waren sich die Mitglieder einig, dass man sich unbedingt für ein positives Gelingen dieser Initiative einsetzen müsse.

Bei der Armeereform ergibt sich ein differenzierteres Bild. Bei der Vorlage Armee XXI beschlossen die Mitglieder mit 23 zu 2 Stimmen Stimmfreigabe. Das Gesetz zum Bevölkerungsschutz wird ebenfalls befürwortet. Die Sozialversicherungsexpertin Rosemarie Rossi aus Zug wurde einstimmig als Nachfolgerin von Heidi Jans-Dejung für das Verwaltungsgericht nominiert.